



Donnerstag, 31. Januar 2019, 14:00 Uhr
~24 Minuten Lesezeit

Das Endspiel

Sterbende Volksparteien, Rezession und soziale Spaltung — ein Ausblick auf 2019.

von Marc Friedrich, Matthias Weik
Foto: Inked Pixels/Shutterstock.com

Egal ob Deutschland, Europa, Asien, USA, Afrika, Brexit oder die Europäische Zentralbank (EZB) — die Welt spielt verrückt. Nach wie vor plündern internationale Konzerne Länder, ja ganze Kontinente aus, zahlen kaum Steuern, während die Mittelschicht immer rücksichtsloser zur Kasse gebeten wird. Global wird gezündelt, Geld gedruckt und die politischen Eliten geben ein Bild ab, welches oftmals an Peinlichkeit, Weltfremdheit und Inkompetenz nicht mehr zu überbieten ist. Die sogenannten Volksparteien in Deutschland leiden unter Realitätsverlust. Somit ist es nicht verwunderlich, dass sich immer mehr Bürger angewidert von ihnen abwenden.

Auf unseren Ausblick 2018 hatten wir enorme Resonanz

bekommen – erschreckend viele unserer Prognosen (<https://fw-redner.de/querdenker/eingetroffene-prognosen/>) sind eingetroffen: Wahlausgänge und Erstarren der extremen politischen Parteien, vor allem in Europa, das Ende der Ära Merkel (<https://us3.campaign-archive.com/?u=04b7e9dfa31fd5a98860f9d73&id=882e1d4b99>), Korrektur an den Aktienmärkten (https://www.youtube.com/watch?v=Rne1cb_A2lk), Macrons Scheitern (<https://www.youtube.com/watch?v=h6gUCVeW9lM>), Bodenbildung bei Gold, Absturz der Deutschen Bank (<https://www.youtube.com/watch?v=SRtoWrT9zEY>) et cetera. Nun präsentieren wir Ihnen unsere Prognosen für 2019.

Deutschland – ein Land demontiert sich selbst und die fetten Jahre sind vorbei! Zeit, gelbe Westen anzuziehen? Leider können wir den Politikzirkus in Berlin, Brüssel, London, Paris, Washington und so weiter nicht mehr ernst nehmen. Wir sind zu der traurigen Erkenntnis gelangt, dass offensichtlich Komiker die Macht übernommen haben. Anders ist das lächerliche und absolut weltfremde Theater nicht mehr zu erklären.

CDU – AKK, Merkel 2.0 – Kleben an der Macht

Wie 2017 vorhergesagt befinden wir uns am Ende der Ära Merkel (<https://us3.campaign-archive.com/?u=04b7e9dfa31fd5a98860f9d73&id=882e1d4b99>). Angela Merkel hat erkannt, dass politisch ihre Stunde geschlagen hat. Die CDU wird für die GroKo, welche sich unendlich verbiegt und lediglich die Kanzlerschaft von Angela Merkel zum Ziel hatte, bitter bezahlen. Eine Partei wie die CDU, die als stärkste Partei wichtige Ministerien

wie das Finanz- und Außenministerium der SPD und das Innen- und Heimatministerium Horst Seehofer von der CSU überlässt, darf sich über miserable Ergebnisse nicht wundern.

Am 7. Dezember hat sich die CDU mit der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Parteivorsitzenden für eine Epoche Merkel 2.0 entschieden. Ob das die Partei tatsächlich weiterbringt oder erneuert, bezweifeln wir stark. Wir sagen, mit Kramp-Karrenbauer als Bundeskanzlerkandidatin wird die CDU bei der nächsten Bundestagswahl keinesfalls 40, sondern eher 30 Prozent erreichen und weiter Wähler verlieren. Im Frühjahr gehen wir von einem schlechten Ergebnis für die CDU bei der EU-Parlamentswahl aus.

Ursula von der Leyens Beratergate

Das Budget für die Berater-Armee der Verteidigungsministerin ist gigantisch. Allein im Jahr 2016 wurden Berater-Verträge für über 208 Millionen Euro geschlossen.

Von der Leyen holte gleich zu Amtsantritt die McKinsey-Partnerin Katrin Suder als Staatssekretärin ins Ministerium. Rein zufällig arbeitet von der Leyens Sohn, David von der Leyen, seit sieben Jahren bei – McKinsey. Als Associate ist er anscheinend direkt an den Gewinnen des Unternehmens beteiligt. Seit einiger Zeit zieht jedoch Ärger auf im Reich von der Leyens. Kein Geringerer als der Bundesrechnungshof wirft dem Verteidigungsministerium vor, sich des vorsätzlichen Rechtsbruchs schuldig gemacht zu haben (2).

Bereits heute ist bekannt, dass es bei der Auftragsvergabe nicht ausschließlich mit rechten Dingen zugeht. Das Ministerium hat bereits eingestanden, dass Berateraufträge im Umfang von acht Millionen Euro für ein IT-Projekt rechtswidrig über einen Rahmenvertrag des Bundes abgerufen wurden (3). Wir sagen, da wird noch einiges mehr ans Licht der Öffentlichkeit gelangen.

Wir stellen mit Entsetzen fest, mit welcher Hartnäckigkeit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen – trotz dieser unfassbaren Berateraffäre – weiterhin an ihrem Posten klebt.

Nach der EU-Parlamentswahl tritt Merkel zurück

Die EU-Parlamentswahl wird für die Volksparteien ein Desaster werden. Wir gehen davon aus, dass Angela Merkel nach einem verheerenden Wahlergebnis bei der EU-Parlamentswahl gegangen wird.

CSU – ein Egomane wird gegangen, ein anderer kommt

Die CSU hat erwartungsgemäß bei den Landtagswahlen 2018 ihre Quittung von den Wählern bekommen. Der Egomane Seehofer wurde von dem Egomanen und Komiker Söder abgelöst. Dennoch schafft es Letzterer auch noch, trotz des schlechtesten Wahlergebnisses seit 60 Jahren, Ministerpräsident und Parteivorsitzender zu werden – all das ist für uns Politsatire vom Feinsten. Die Wähler jedoch haben die Faxen von dem CSU-Schmierentheater absolut dicke. Wir sagen, dass die CSU in Zukunft niemals mehr die absolute Mehrheit in Bayern erreichen wird. Diese Zeiten der CSU-Herrlichkeit sind ein für alle Mal vorbei.

SPD – GroKo: der Anfang vom Ende

Für was steht eigentlich die SPD? Das weiß sie offensichtlich nicht einmal mehr selbst. Und genau das ist ihr Problem. Peinlich ist das

Bild, das die einstige und heute tief gespaltene Volkspartei SPD abgibt. Auf den Top-Komiker und EU-Bonzen Martin Schulz folgte Andrea Nahles. Nachdem Sigmar Gabriel zu Schulz in den Urlaub geschickt wurde, hat Nahles dennoch die Zügel keinesfalls fest in der Hand. Der Neuanfang mit ganz neuen Gesichtern wie Hubertus Heil, Ex-Generalsekretär und jetziger Arbeitsminister, Ex-Justiz- und jetziger Außenminister Heiko Maas, G20-Experte und jetziger Finanzminister Olaf Scholz – der nun auch Kanzler werden will – und Katarina Barley, ehemals Familien- und jetzige Justizministerin, ist ein Witz. Offenkundig kauft den Sozialdemokraten den sogenannten #Neuanfang mit alten Gesichtern längst keiner mehr ab.

Wir sagen: Nahles Tage als Parteivorsitzende sind gezählt. Wer dann folgt, steht noch in den Sternen. Twitter-Komiker Ralf Stegner würde die SPD wohl am schnellsten völlig in den Abgrund befördern. Die Konsequenzen der Negativauslese an der Parteispitze zeigt sich deutlich in den Umfragen. Wir gehen davon aus, sollte die SPD nicht ihre gesamte Führungsmannschaft austauschen, dass sie zukünftig einstellige Wahlergebnisse einfahren wird. Den nächsten Gong wird es bei den EU-Parlamentswahlen im Frühjahr 2019 und dann bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen geben.

Wir gehen davon aus, falls nicht eine radikale Kehrtwende eingeleitet wird, dass die SPD ebenso wie Ihre Schwesterparteien unter anderem in Frankreich, Dänemark, Griechenland und den Niederlanden in der Bedeutungslosigkeit versinken wird.

Die Grünen – eine übergehyppte Partei

Die momentan gehypten Grünen werden 2019 spätestens bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen wieder auf

dem Boden der Tatsachen landen und für Ihre realitätsferne Politik abgestraft werden.

Wir gehen davon aus, dass die momentanen Umfrageergebnisse nicht zu halten sind, und dass die Wähler erkennen werden: Der grüne Kaiser ist nackt. In diesem **Video** (https://m.youtube.com/watch?v=PWHnw_-5H3k) hat der Philosoph Richard David Precht den Grünen Shootingstar und Messias Habeck als Luftpumpe entzaubert.

AFD – wird 2019 noch mehr Wählerstimmen erhalten

Wie schon in unserem zweiten Buch „Der Crash ist die Lösung“ in Aussicht gestellt, werden Parteien wie die AfD weiter in die Parlamente einziehen und immer stärker werden. Solange die Volksparteien weiter wie bisher agieren, muss sich diese Partei keinerlei Sorgen machen.

Mit der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Parteivorsitzenden und Merkels massivem Einsatz für den nicht unumstrittenen Migrationspakt – große Einwanderungsländer wie die USA und Australien, aber auch Länder wie Israel, Chile, Polen, Ungarn, Österreich, Slowakei und Tschechien sind nicht mit dabei –, wird es der CDU gewiss nicht gelingen, die an die AfD verlorenen Wähler zurückzugewinnen. Ganz im Gegenteil, die AfD wird weiter an Stimmen gewinnen, egal wie viele parteiinterne Skandale noch ans Tageslicht kommen werden.

Immer mehr Wähler, insbesondere in den neuen Bundesländern, haben die Nase voll von den Regierungsparteien und werden auch 2019 der Partei aus Protest ihre Stimme geben. Insbesondere bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, aber

auch bei der EU-Parlamentswahl gehen wir von zweistelligen Wahlergebnissen für die AfD aus.

Deutschland – die Ungerechtigkeit wird immer dramatischer

Wie in unserem ersten Buch „[Der größte Raubzug der Geschichte](https://fw-redner.de/publikationen/der-groesste-raubzug-der-geschichte/)“ (2011 beschrieben, werden die Reichen immer reicher und die Fleißigen immer ärmer. Trotz guten Wachstums ist der weltweite Gehaltszuwachs schwach wie seit 2008 nicht mehr – der kleine Mann profitiert offenbar doch nicht von der Globalisierung. Diese Entwicklung wird sich auch 2019 weiter fortsetzen. Bereits heute ist der Traum vom Eigenheim für den Normalverdiener in zahlreichen Großstädten längst ausgeträumt. Mittlerweile arbeiten im Lande des Exportweltmeisters 25 Prozent, das sind knapp 9 Millionen Menschen, im Niedriglohnsektor. Ein Skandal und eine tickende Zeitbombe!

Diese Menschen können nichts für ihr Alter zurücklegen, und Altersarmut ist daher in großem Stil in Deutschland vorprogrammiert. Wann fangen wir endlich an, die Menschen fair zu bezahlen? Wir sehen diese Entwicklung jedoch leider nicht für das kommende Jahr. Auch in Zukunft werden immer mehr Menschen von der Mittel- in die Unterschicht abrutschen und flaschensammelnde Rentner werden verstärkt unser Stadtbild bestimmen. Das Rentenniveau wird zukünftig in Deutschland weiter sinken, und für das Alter adäquat vorzusorgen, wird für immer mehr Menschen immer schwieriger. Die öffentlichen Abgaben werden für uns Bürger weiter ansteigen.

Gesundheit wird immer mehr zum Luxus. Die Krankenkassengebühren werden noch weiter ansteigen. Unser

heutiges Gesundheitssystem wird auf Grund explodierender Kosten und der immer kleiner werdenden Mittelschicht in Zukunft kollabieren. Die Konsequenz daraus ist für all jene, welche noch Rücklagen bilden können: Bilden Sie Rücklagen für Ihre Gesundheit. Sie werden sie in Zukunft benötigen.

Bankensterben

Ein weiterer Zyklus ist das Ende des Bankings, wie wir es bisher kennen. Dies kann man auch an den Aktienkursen der börsennotierten Banken deutlich erkennen. Auch 2019 werden Banken immer mehr Filialen schließen, fusionieren oder abgewickelt werden. Wir als Kunden werden mit steigenden Gebühren und weniger Service darunter leiden.

Eines unser Lieblingsthemen: Die Deutsche Bank, keiner unser Leser wird sich jetzt wundern, ist weiter auf dem absteigenden Ast und hat in der Zwischenzeit Rekordtiefs beim Aktienkurs erreicht. Hierzu auch unser Video: **[Geht die Deutsche Bank Pleite](https://www.youtube.com/watch?v=SRtoWrT9zEY)** (<https://www.youtube.com/watch?v=SRtoWrT9zEY>)? Wer unserem Rat gefolgt ist und die DB geshortet hat, hat stolze Gewinne verzeichnen dürfen. Wie auch bei Apple, Facebook und Netflix.

Zurück zur DB: Die Deutsche Bank soll nun durch die Hochzeit mit einer anderen maroden Bank gerettet werden. Ganz nach dem Motto: Minus mal Minus gibt sicher Plus. Nope! Die Fusion mit der schon mal geretteten Commerzbank wäre nur ein Zwischenschritt zur Verstaatlichung. Der folgende Chart (Abbildung 1) zeigt doch frappierende Ähnlichkeiten des aktuellen Deutsche-Bank-Kurses mit dem damaligen Kursverlauf der Lehman Brothers auf.

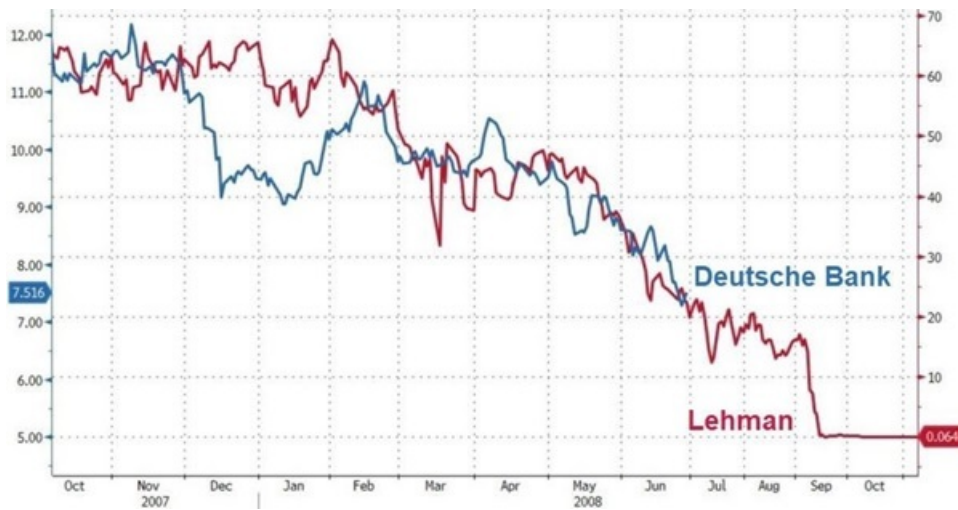


Abbildung 1.

Die Deutsche Bank ist ein Beispiel dessen, wie schnell man den Anschluss in einer sich immer schneller drehenden Welt verpassen kann. Wir gehen entweder von einer Fusion mit der maladen Commerzbank, einer Übernahme – diese wäre jedoch höchst unwahrscheinlich, denn wer beabsichtigt, eine Bank mit unzähligen anhängigen Verfahren zu erwerben? – oder einer Verstaatlichung aus.

Deutschland – die fetten Jahre sind vorbei

Die Zukunftsaussichten beim Exportweltmeister Deutschland mit seiner Schlüsselindustrie Automotive verdunkeln sich zusehends. Nach starken Jahren und Rekordergebnissen ging die deutsche PKW-Produktion 2018 um 9,4 Prozent zurück (Abbildung 2); zuletzt stark beschleunigt durch eine schwache Nachfrage auf dem wichtigsten Markt – China. Für 2018 ging es hier erstmalig seit 20 Jahren um 4,1 Prozent abwärts bei den Verkäufen und im November und Dezember sogar um 16 Prozent zum Vorjahresmonat (Abbildung 3).

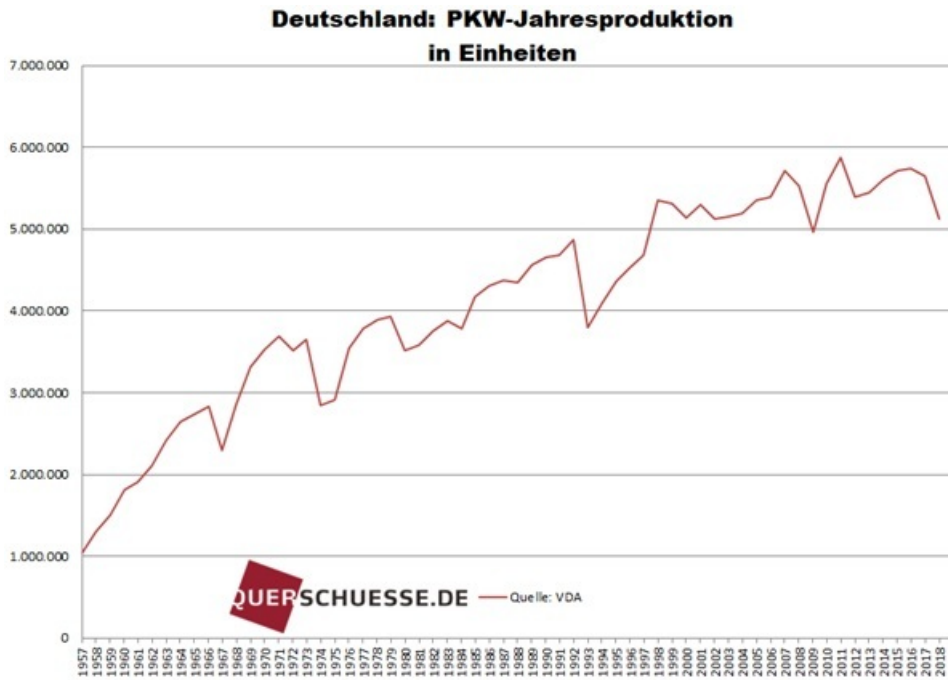


Abbildung 2.

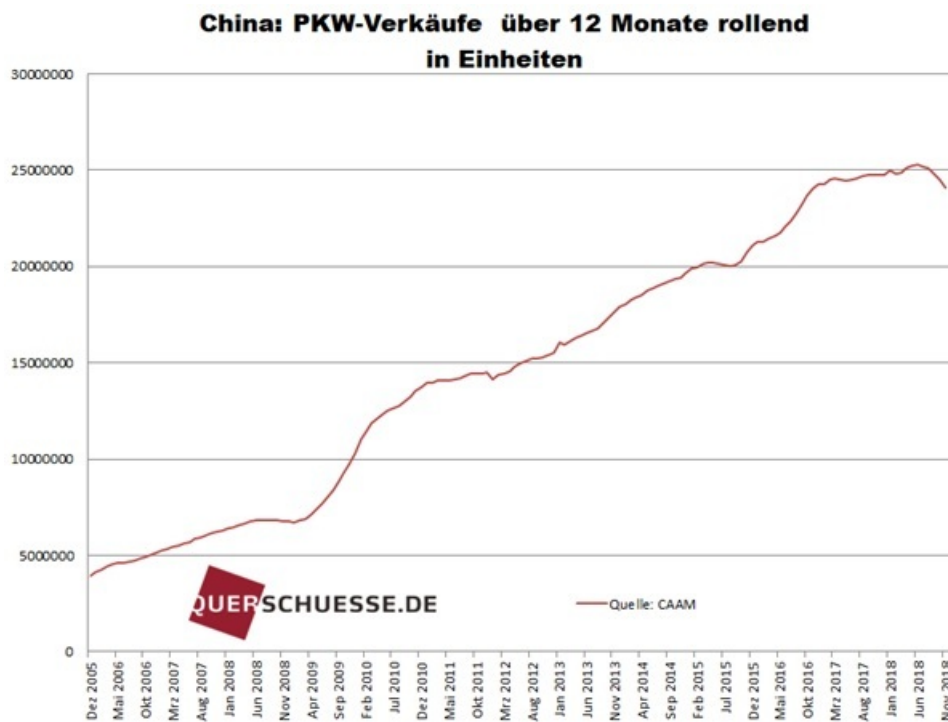


Abbildung 3.

Die Zahlen sprechen ganz klar für eine Rezession.

Die Autobranche ist essentiell für Deutschland. Immerhin ist sie verantwortlich für 820.000 Beschäftigte, einen Umsatz von 331,2 Milliarden Euro und für 21 Prozent der Bruttowertschöpfung der

deutschen Industrie. Wenn die Rezession die Autobauer erreicht, wird sie sich auch auf andere Branchen ausweiten – ein Dominoeffekt, welcher heftiger als 2008 werden könnte. Sollten die Deutschen Autobauer den Anschluss an das 21. Jahrhundert endgültig verpassen, entbehren die Konsequenzen für unser Land jeglicher Vorstellungskraft. Aus Stuttgart könnte schnell Detroit 2.0 werden.

Nicht nur in Deutschland, sondern global ist die Party des billigen Geldes offenkundig vorbei, das Wachstum erlahmt, die Finanzmärkte wackeln spürbar, Rezession und neue Finanzkrisen zeichnen sich 2019 am Horizont ab. Die Wachstumsprognosen wurden sowohl für Deutschland, für Europa als auch global gesenkt. Wir gehen davon aus, dass selbst die reduzierten Erwartungen getoppt werden und dies den einen oder anderen Wirtschaftsweisen, Politiker und Ökonomen böse überraschen wird.

Warum die Bundesregierung unsere Steuergelder verbrät

(<https://www.youtube.com/watch?v=u7PWPD0Dxr0>), anstatt erhebliche Rücklagen für kommende schlechte Zeiten zu bilden, ist für uns vollkommen unerklärlich.

Deutschland – digitales Mittelalter

Noch immer sind unter anderem einige der wichtigsten Wirtschaftszentren Europas wie etwa Stuttgart, München oder das Rhein-Main Gebiet digitales Mittelalter. Oftmals gibt es keinen Handyempfang im Zug oder auf der Autobahn. Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist das Problem mit abbrechenden Verbindungen offenbar bekannt. Er hat sein Büro angewiesen, Anrufe von ausländischen Ministerkollegen nicht mehr ins Auto durchstellen zu lassen, weil er sich für den schlechten Empfang schämt.

Wir schämen uns für seine Partei und Kanzlerin Merkel, die mitverantwortlich dafür sind, dass wir uns international der Lächerlichkeit preisgeben. Auch staunen ausländische Gäste nicht schlecht über das nicht vorhandene offene und freie WLAN. Wir bezweifeln, dass Frau Bär – als Staatsministerin für Digitales im Kanzleramt – Deutschland digital ins 21. Jahrhundert befördert. Dies passiert wahrscheinlich erst im 22. Jahrhundert ...

Auch 2019 wird unser Land leider von Funklöchern übersät bleiben.

Daten – das Gold der Zukunft wandert in die USA

Daten sind das Gold der Zukunft. Das Problem ist jedoch, dass in diesem Bereich Deutschland und der Rest Europas bereits den Anschluss uneinholbar verpasst haben. Egal ob Alphabet Inc. (Google), Apple, Facebook, Amazon, Alibaba (China), Tencent (China) oder Netflix – die größten 20 Internetriesen kommen nicht aus Europa, zwölf der Top 20 kommen aus den USA und acht aus China (4).

Während die Politik in Europa noch debattiert, wurden in den USA und in China längst Fakten geschaffen. In Zukunft werden diese Tech-Konzerne weiter und noch drastischer unsere Daten sammeln und demzufolge an Macht gewinnen, während Europa immer weiter an Bedeutung verlieren wird. Noch geht es vielen Europäern zu gut, um zu erkennen, was uns in Zukunft ohne das Datengold blühen wird. Vielleicht hat der Datenhack, bei dem Telefonnummern und Mail-Adressen von Politikern und Prominenten gestohlen wurden, unsere Elite aufgeweckt, hier aktiv zu werden. In Zukunft werden wir uns mehr mit Privacy und Cybersecurity beschäftigen.

Krieg gegen das Auto geht weiter

Auch 2019 wird der Krieg gegen das Automobil weiter fortgesetzt. Zuerst geht es den Diesel Euro 4 und 5 an den Kragen, dann wird Euro 6 und schlussendlich der Benziner folgen. Immer mehr wird uns von dem vermeintlich umweltfreundlichen Elektrofahrzeug gepredigt. Dass die Gewinnung der für die Batterien notwendigen Rohstoffe eine unfassbare Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung zur Folge hat, wird von den Elektrofahrzeugbefürwortern gerne ausgeblendet – denn schließlich findet die Umweltzerstörung nicht bei uns, sondern in Afrika, Südamerika und Asien statt.

Beispielsweise stammen knapp zwei Drittel des globalen Bedarfs an Kobalt bereits heute aus Bergwerken der Demokratischen Republik Kongo in Afrika. Ein Bombengeschäft für die oft ausländischen Betreiber der Minen – die Einheimischen sind an den Gewinnen des Kobalt-Geschäfts nicht beteiligt. Mehr Heuchelei geht nicht! Selbst das ZDF schreibt mittlerweile: Die „Gewinnung der Rohstoffe für die Akkus ist menschenverachtend und umweltschädigend“ (5).

Abgesehen davon haben wir in Deutschland weder die erforderliche Infrastruktur und die erforderlichen Fahrzeuge in ausreichender Stückzahl noch den Willen in der Bevölkerung für eine rasche Elektrifizierung des Automobilmarktes. Gegenwärtig wird nur einer von 1.000 PKWs auf deutschen Straßen elektrisch angetrieben. Bei Neuverkäufen sind es nur sieben von 1.000. Demzufolge sehen wir für 2019 nicht das Jahr des Elektroautos.

Deutschland ist nicht der große Euro-Gewinner

Deutschland ist nicht – wie fälschlicherweise von der Politik immer

wieder behauptet – der große Euro-Gewinner, denn seit Euroeinführung ging es mit dem deutschen Wohlstand in Relation zur gesamten EU bergab. 1998 lag das BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards in Deutschland bei 125 Prozent (EU = 100), Ende 2017 nur noch bei 123 Prozent. Die großen Verlierer des Euros sind die Länder Südeuropas. Größter Profiteur ist das Niedrigsteuerland Irland mit 183 Prozent (6). Mehr denn je wird ersichtlich, dass der Euro Europa trennt, anstatt es zu einen, und folglich ist ein Ende der Eurozone absehbar. **Dies wird bis spätestens 2023 der Fall sein** (<https://www.youtube.com/watch?v=9yLVy-OrsEA>).

Brexit – ein Alptraum für Nordeuropa

Der Brexit wird kommen und wir erwarten einen harten und schmutzigen Brexit. Im Falle eines harten Brexits gehen wir davon aus, dass wir bald die größte Steueroase mitten in Europa haben werden – Großbritannien.

Zumeist wird in den Medien nur über die gravierenden Folgen für Großbritannien – die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas – gesprochen, aber nicht für Deutschland. Der Brexit wird für Deutschland teuer, sehr teuer. Zuerst müssen die Gelder, welche durch den Brexit entfallen, auf die übrigen Mitgliedsstaaten verteilt werden. Demgemäß werden Mehrbelastungen auf den größten Nettozahler Deutschland zukommen.

Wesentlich teurer zu stehen kommen wird uns die „Sperrminoritätsregel“ im Ministerrat. Mit dem Verlassen Großbritanniens ist das Gleichgewicht innerhalb der EU unwiederbringlich gestört: Die Südeuropäer haben von da an die Mehrheit im Europäischen Rat und können folglich die Nordeuropäer überstimmen. Ein jeder kann sich ausmalen, was da auf uns zukommen wird und wer die Rechnung begleichen darf. Wir

gehen von erheblichen Mehrkosten für Deutschland in Zukunft aus.

EU und Euro – Extreme Parteien auf dem Vormarsch

Die EZB wird auch 2019 weiterhin ihre irrsinnige Politik des billigen Geldes verfolgen. Die Zinsen sind, wie von uns vor einem Jahr an gleicher Stelle prognostiziert, weiterhin bei 0 und werden dort auch noch bleiben. Die Preise werden jedoch weiter steigen. Zwar hat die EZB ihr Aufkaufprogramm offiziell aufgegeben, dies ist jedoch eine Mogelpackung, denn die EZB wird auslaufende Anleihen mit neuen Anleihen ersetzen. Dies wird etwa 200 Milliarden Euro im Jahr ausmachen. Sobald eine Rezession kommt, gehen wir davon aus, dass wir ganz schnell wieder Aufkaufprogramme sehen werden, da die südlichen Länder der Eurozone ansonsten hopsgehen. Auch Negativzinsen sind 2019 möglich. Die Inflation befindet sich mit 2,5 Prozent auf einem **Zehn-Jahres-Hoch** (<https://www.youtube.com/watch?v=bjPKnusRT3Q>). Wie lange lassen wir Bürger uns noch von der EZB enteignen?

Die kranke EZB-Politik hat zu vollkommen realitätsfernen Kursen an den Aktienmärkten geführt und dafür gesorgt, dass sich ein Normalverdiener in den meisten städtischen Ballungszentren kein Eigenheim mehr leisten kann. Wohnen verkommt zum Luxus. Die Reichen werden immer reicher und die Fleißigen immer ärmer. Wir gehen für 2019 von steigenden Immobilienpreisen aus. Wie lange die Bürger dies noch hinnehmen werden, ist nicht vorherzusagen.

Bis heute hat uns Sparer die irrsinnige EZB-Notenbankpolitik über 436 Milliarden Euro gekostet (7). Unvermindert versuchen die EZB und die nationalen Notenbanken ohne spürbaren Erfolg, die Krise mit der Druckerpresse zu lösen. Bis Ende 2018 hat die EZB knapp 5 Billionen Euro aus dem Nichts erschaffen.

Wir gehen davon aus, dass die EZB und die nationalen Notenbanken auch 2019 weiter in erheblichem Umfang Anleihen von faktisch bankrotten Staaten wie beispielsweise Italien und von Zombieunternehmen wie zum Beispiel den italienischen Banken aufkaufen werden, da sich auf den Märkten für eben diese Anleihen wohl kaum Käufer finden werden. Der folgende Chart (Abbildung 4) zeigt schon jetzt, dass die EZB größter Besitzer von italienischen Anleihen ist und italienische Banken mit Geld von der EZB ebenfalls kräftig den Staat stützen, um das Perpetuum Mobile am Laufen zu halten.

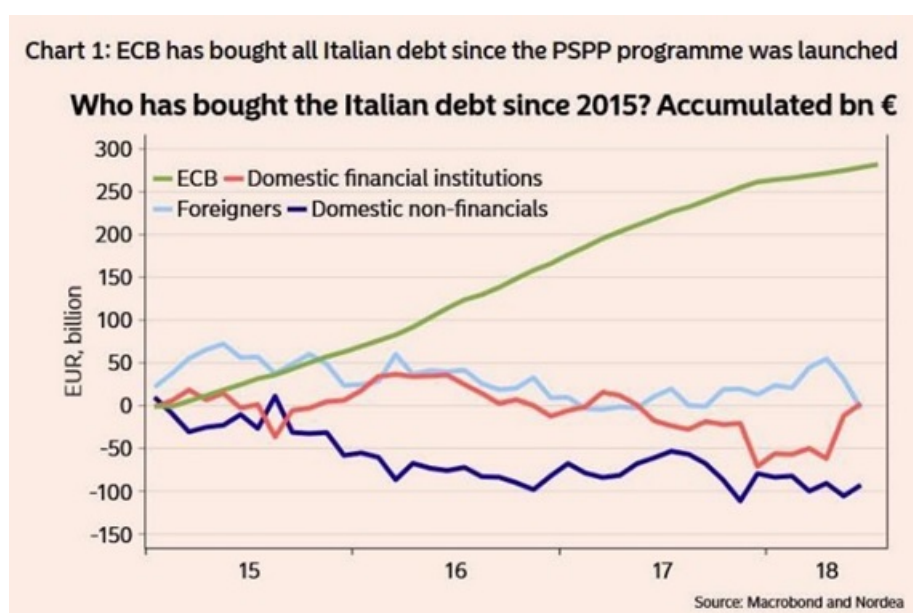


Abbildung 4.

Niemals in der Geschichte der Menschheit wurde eine Krise nachhaltig mit der Notenbankpresse gelöst. Offensichtlich läuft es in der Eurozone nicht so prächtig, ansonsten wäre das Aufkaufprogramm rückgängig gemacht und der Leitzins erheblich erhöht worden. Beides wird jedoch auch 2019 nicht geschehen.

Die Bilanzsumme der EZB und somit auch das Haftungsrisiko für die Bundesbank als größten Anteilseigner werden immer astronomischer. Mit Grauen befürchten wir die Einführung der Europäischen Einlagensicherung (**EDIS**

<https://www.dasinvestment.com/unschoene-plaene-edis-etz-plant-den-alptraum-deutscher-sparer/>), die von Teilen der Politik forciert wird. Dies bedeutet, dass deutsche Banken und somit deutsche Sparer für teilweise vollkommen marode Institute in Südeuropa haften müssen. Wer dies ernsthaft will, dem ist nicht mehr zu helfen. Wir gehen jedoch davon aus, dass EDIS kommen wird.

Spätestens 2019 werden die Target-2-Salden die Grenze von einer Billion überspringen und auch dem letzten Realitätsverweigerer verdeutlichen, dass eine Währungsunion mit unterschiedlich starken Volkswirtschaften ausschließlich im Rahmen einer für die Euro-Länder Nordeuropas äußerst teuren Transferunion noch für ein paar Jahre funktionieren kann. Mit unserer heutigen Politikerkaste wird die für Deutschland unfassbar teure Transferunion, für die wir in Zukunft bitter büßen werden, jedoch noch forciert werden.

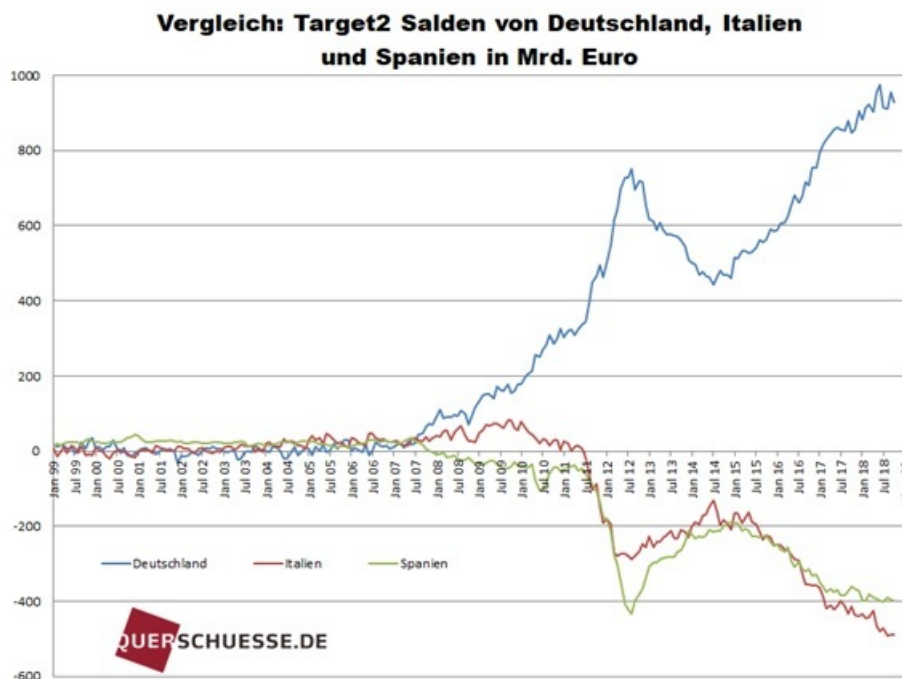


Abbildung 5.

Da sich in der Eurozone immer weniger Länder an zuvor gemeinsam beschlossene Vereinbarungen halten, sind die Tage des Euros

gezählt. Der Wille zu mehr Europa, also zur stärkeren Integration, ist nur in Frankreich – noch – sowie in Deutschland, Belgien und Luxemburg festzustellen. Ungarn, Italien und Polen gehen immer mehr auf Konfrontationskurs zur EU. Italien wird den Realitätsverweigerern in Brüssel auch 2019 aufzeigen, woher der Wind weht.

Fakt ist: Der Euro ist viel zu schwach für Deutschland und viel zu stark für die Länder Südeuropas. Unter dem Euro werden die Länder Südeuropas wirtschaftlich nicht mehr auf die Beine kommen. Wann sich diese Erkenntnis bei unseren politischen Eliten durchsetzen wird – wenn überhaupt –, wagen wir nicht vorherzusagen. Parteien am linken und rechten Rand werden demzufolge nicht nur in Südeuropa kontinuierlich immer stärker werden.

Die nächste Quittung für das dogmatische Festhalten am Euro werden die „Volksparteien“ bei den nächsten EU-Parlamentswahlen im Frühjahr 2019 erhalten. Wir gehen von einem äußerst starken Abschneiden EU-kritischer Parteien aus. Und dann könnte zweifellos das Ende der EU eingeläutet werden. Denn diese Parteien müssen keineswegs die absolute Mehrheit erringen, um die angestrebte Auflösung der EU voranzutreiben. Bereits wenn ihre Parteien gemeinsam die stärkste Fraktion im künftigen EU-Parlament bilden würden, könnten sie die EU-Gesetzgebung nachhaltig sabotieren. Die Konsequenz davon ist, dass die Union kaum noch entscheidungsfähig wäre. Dringend erforderliche Reformen, wie etwa die Stabilisierung des Euros, wären dann praktisch unmöglich.

Frankreich – mit gelben Westen in die nächste Revolution?

Wie von uns erwartet, konnten der 2017 gewählte französische Präsident Macron und seine Mannschaft nicht liefern. Er ist derweil der unbeliebteste Präsident des Landes. Das Volk zieht sich mittlerweile gelbe Westen über und **rebelliert** (<https://www.youtube.com/watch?v=h6gUCVeW9lM>). Viele Menschen in Frankreich haben die Faxen dicke. Über 70 Prozent der Franzosen sympathisieren mit den Gelbwesten.

Wie lange sich Macron noch halten kann, ist nicht klar. Auch seine Partei „La République en Marche“ wird bei der EU-Parlamentswahl ein desaströses Ergebnis einfahren. Gewinner werden – auch in Frankreich – die rechten und linken Parteien sein. Er hat zwar nun ein „Rettungspaket“ von 10 Milliarden Euro geschnürt, um die Leute von der Straße zu bringen, aber nach wie vor gehen die Menschen mit gelben Westen raus und demonstrieren. Sollte Macron bei der nächsten Präsidentschaftswahl noch einmal antreten, dann wird er diese keinesfalls gewinnen.

Italien – EU- und Eurokritiker weiter auf dem Vormarsch

Wie von uns richtig prognostiziert, haben die EU- und eurokritischen Parteien sehr stark abgeschnitten und mittlerweile die Macht in Italien übernommen. Dennoch kommt das Land wirtschaftlich nicht auf die Beine – und wird dies auch in Zukunft nicht kommen – und von einem Aufschwung kann nicht die Rede sein.

Die Bruttoverschuldung des italienischen Staates ist mittlerweile bei 2,3 Billionen Euro angelangt oder 132,4 Prozent des BIP. Absolut gesehen die drittgrößte Staatsverschuldung der Welt! Die Target-2-Verbindlichkeit der italienischen Zentralbank (Banca d'Italia) liegt bei circa 492 Milliarden Euro. Auch in Italien werden die ehemaligen

Regierungsparteien bei der EU-Parlamentswahl ein Fiasko erleben, die Lega Nord wird jedoch bei dieser Wahl ihr stärkstes Ergebnis einfahren. Bella Italia – unser „Favorit“ als Auslöser für die nächste Finanzkrise neben Brexit und Frankreich.

Auch 2019 wird von der EZB weiter Geld gedruckt

Wir gehen davon aus, dass die EZB auch 2019 weiter massiv Geld drucken wird. Spätestens wenn die Milliardenkredite für Italien im Jahr 2020 und 2021 auslaufen, wird die EZB wieder eingreifen müssen, um die Investitionsquote stabil zu halten. Die EZB wird dann mindestens 170 Milliarden pro Jahr zusätzlich in die Hand nehmen müssen. Auch erwarten wir nach wie vor eine Rezession.

Bald werden nicht nur marode Banken jede Menge Geld von der EZB benötigen – und das nicht nur in Italien –, sondern auch im brodelnden Frankreich und selbstredend im bankrotten Griechenland, aber auch in Deutschland.

China – totale Überwachung und Ende des langjährigen Booms

Was der „1984“-Autor George Orwell bereits vor 70 Jahren vorhersah, wird nun in China wahr. Die Kommunistische Partei (KP) führt ein Punktesystem ein, das die Bürger Kraft einer Totalüberwachung zu besseren Menschen erziehen soll, um die Macht zu sichern. Die KP zeigt uns, was in einer digitalisierten Welt alles möglich ist und was Digitalisierung bedeuten kann, wenn sie von den Falschen missbraucht wird.

Derzeit baut die chinesische Regierung ein System auf, das das Verhalten seiner Bewohner in allen Lebensbereichen bewertet. Egal ob bei Rot über die Ampel gehen, lästern über die Partei in den sozialen Netzwerken, Müll auf die Straße werfen, Zähneputzen vergessen et cetera, das sogenannte „Sozialkreditsystem“ soll möglichst alles erfassen: Zahlungsmoral, Strafregister, Einkaufsgewohnheiten, Parteitreu und soziales Verhalten. Die Konsequenzen für Personen mit einer schlechten Bewertung sind vielfältig. Wer sich nicht benimmt, muss mit Einschränkungen rechnen:

Langsames bis kein Internet, höhere Steuern, Verweigerung von Lizenzen und Genehmigungen, erschwelter Zugang zu sozialen und öffentlichen Dienstleistungen, keine Kredite, Pranger im TV oder Internet, Karrieren bei staatlichen und staatsnahen Organisationen werden verhindert, Reisebeschränkungen, der Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen und so weiter. Das System hat noch Schwächen: So wurden einer bekannten chinesischen Schauspielerin unverschuldet Punkte abgezogen, weil sie bei Rot über die Straße gegangen sein soll. Das Problem war – sie war tausende von Kilometern entfernt. Erst auf ihren Protest hin wurden die Aufnahmen geprüft und siehe da: Auf einem Bus war ihr Gesicht für eine Werbung abgebildet und die Überwachungskameras konnten dies nicht unterscheiden. Wir Bürger müssen immens aufpassen, dass solcher Überwachungsirrsinn nicht auch in Zukunft in Deutschland kommt.

Auch beim Wirtschaftsriesen China läuft es längst nicht mehr so rund. Wie in Deutschland schwächeln die Automobilabsätze ebenfalls. Auch im Reich der Mitte ist die Party des billigen Geldes offenkundig vorbei, das Wachstum erlahmt, die Finanzmärkte wackeln spürbar, Rezession und neue Finanzkrisen zeichnen sich am Horizont ab. Die Volksrepublik China mit ihrem gigantischen Schattenbankensystem und ihrer auf Pump betriebenen Investitionswut war, neben dem billigen Geld der Notenbanken, für

den globalen Aufschwung mit verantwortlich, welcher nun im neunten Jahr erlahmt.

Jetzt beginnt China die Folgen von Donald Trumps Politik merklich zu spüren und dem Reich der Mitte geht langsam die Puste aus. Eine gigantische Immobilienblase – in der Innenstadt von Peking kosten sechzig Quadratmeter Plattenbau inzwischen mehr als eine Million Euro – wartet auf den großen Knall.

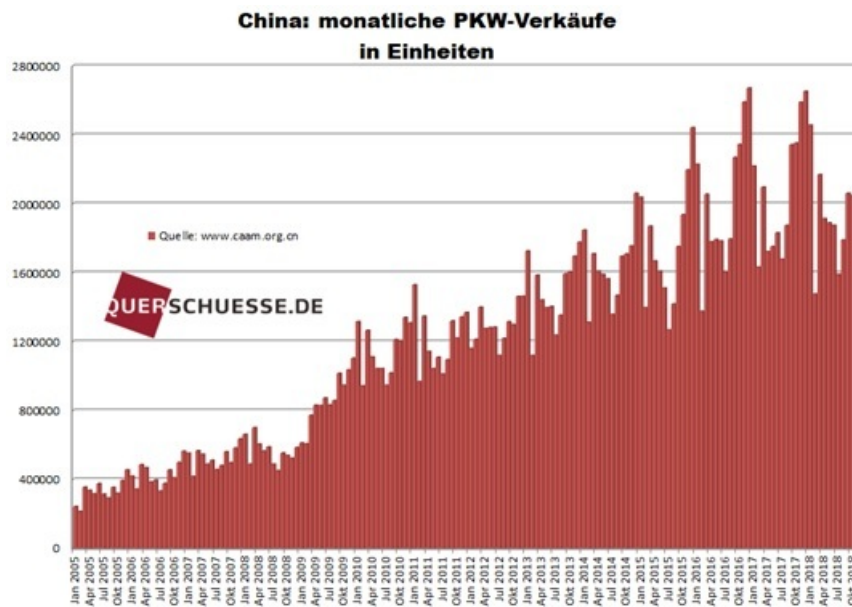


Abbildung 6.

Marktausblick

Kapitalmärkte

Für dieses Jahr erwarten wir weiterhin turbulente Aktienmärkte und eine Rezession. Nach einem Aufbäumen der Märkte gehen wir tendenziell von sinkenden Kursen aus. Warum? Der längste – künstlich erzeugte – Bullenmarkt in der Geschichte ist vorbei und ein neuer Zyklus hat begonnen. Auch die starke Volatilität spricht ganz klar für einen Bärenmarkt. Die zehn größten Kurssprünge fanden jeweils in Bärenmärkten.

Auch wenn es statistisch gesehen eher selten ist, dass Aktienmärkte zwei Jahre in Folge nacheinander verlieren – dies war der Fall in der Großen Depression, während der Ölkrise und nach dem Platzen der Internetblase –, sind die Risiken dafür unserer Ansicht nach nicht zu übersehen. Wir haben viele tickende Zeitbomben in der Welt: Trump, Handelskrieg, Shutdown, Brexit, Italien versus die EU, Europawahlen, Abschwächung der Wirtschaft, Rezession, Notenbanken et cetera.

Die FED reduziert momentan ihre Bilanz durch Verkäufe um 50 Milliarden Dollar pro Monat. Das, gepaart mit den Zinserhöhungen, hat gereicht, um die Märkte in den Keller zu transportieren. Wenn nun die FED sagt, man möchte zurück auf ein normales Level und wir definieren dies auf die Zeit vor Lehman – dann steht der Dow Jones weit unter 20.000 Punkten, vielleicht sogar wieder unter 10.000 Punkten.

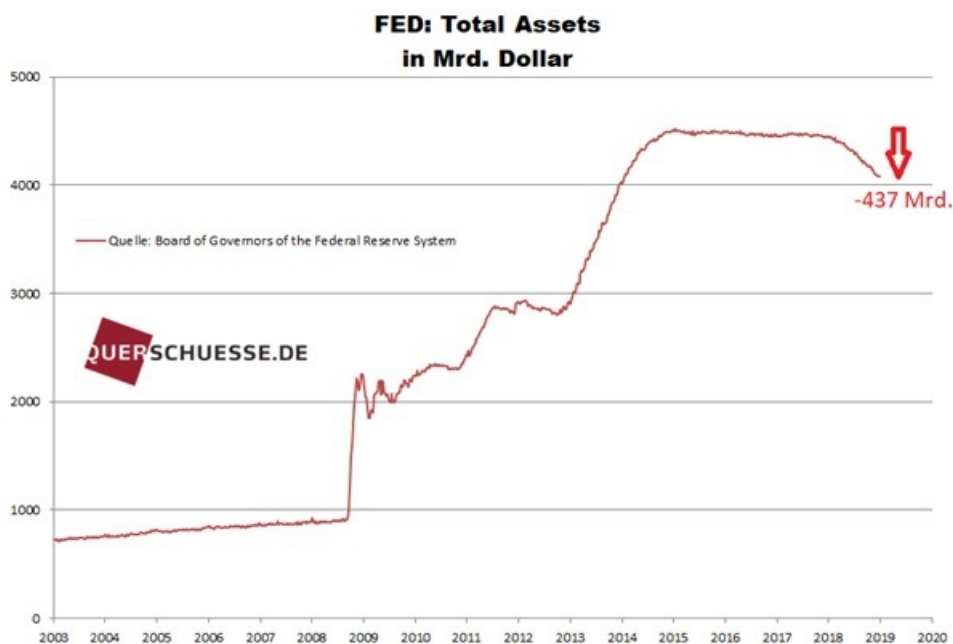


Abbildung 7.

Die Zinserhöhungen in den USA haben viel Kapital aus den Märkten und aus Europa in Richtung USA geleitet. Der weitere Abverkauf kann nur begrenzt werden, wenn es keine weiteren Zinserhöhungen mehr gibt, sondern Zinssenkungen und ein weiteres Anwerfen der

Druckerpresse. Dies ist durchaus möglich, sobald sich die volkswirtschaftlichen Fakten verschlechtern. Eine Rezession erwarten wir in den nächsten Monaten. Das Ende des Dollars wird ebenfalls eingeläutet – Russland und China stoßen Dollar ab und kaufen Edelmetalle, aber auch andere Währungen –, aber noch nicht 2019. Das nächste Geldsystem wird so oder so digital sein.

Ein neuer Rohstoffzyklus bricht an. Wir sind für Gold und Silber sehr positiv gestimmt. Notenbanken legen sich weltweit wieder Gold ins Depot und JPMorgan ist in der Zwischenzeit größter Besitzer von Silber. Zudem haben Edelmetalle 2018 einen Boden gefunden und sind ausgebrochen. Edelmetalle waren 2018 die stabilen Gewinner. Hiermit lagen wir letztes Jahr richtig. Teilweise falsch lagen wir bei Bitcoin, zwar hatten wir die Korrektur prognostiziert, aber eine Erholung noch im selben Jahr erwartet. Unserem Kursziel bleiben wir aber trotzdem treu, nur hat sich der Zeitfaktor verschoben. Immobilienpreise sind Verkaufspreise! Weitere starke Anstiege sind eher unwahrscheinlich. Hier sollte man Gewinn mitnehmen. An Gewinnmitnahmen ist noch niemand arm geworden.

Zusammenfassend sollte man in Sachwerte investieren und weiterhin breit streuen. Den Dax sehen wir unter 10.000 Punkten, den Euro über 1,20 US-Dollar, Gold über 1.400 US-Dollar und Silber über 18 US-Dollar.

Wenn die Notenbanken wieder manipulieren, werden die Märkte steigen – was aber nicht heißt, dass die Krisen gelöst sind, sondern lediglich, dass sie weiter in die Zukunft verlegt werden. **LINK [Der Kaugummi kann maximal noch bis 2023 in die Länge gezogen werden](https://www.youtube.com/watch?v=9yLVy-OrsEA)** (<https://www.youtube.com/watch?v=9yLVy-OrsEA>).

Nutzen Sie die Zeit und werden Sie aktiv!

Bereiten Sie sich vor. Wir sind im Endspiel!

Quellen und Anmerkungen:

- (1) <https://www.youtube.com/watch?v=nPXyEWcPSm4>
(<https://www.youtube.com/watch?v=nPXyEWcPSm4>)
 - (2) [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-12/berater-
affaere-ursula-von-der-leyen-rechnungshof-
verteidigungsministerium-rechtsbrueche](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-12/berater-
affaere-ursula-von-der-leyen-rechnungshof-
verteidigungsministerium-rechtsbrueche)
([https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-12/berater-
affaere-ursula-von-der-leyen-rechnungshof-
verteidigungsministerium-rechtsbrueche](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-12/berater-
affaere-ursula-von-der-leyen-rechnungshof-
verteidigungsministerium-rechtsbrueche))
 - (3) [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berater-
affaere-
bei-der-bundeswehr-
strafanzeige-
gegen-ursula-
von-der-leyen-
a-1233811.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berater-
affaere-
bei-der-bundeswehr-
strafanzeige-
gegen-ursula-
von-der-leyen-
a-1233811.html)
([http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berater-
affaere-
bei-der-bundeswehr-
strafanzeige-
gegen-ursula-
von-der-leyen-
a-1233811.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berater-
affaere-
bei-der-bundeswehr-
strafanzeige-
gegen-ursula-
von-der-leyen-
a-1233811.html))
 - (4) <https://t3n.de/news/top-20-tech-companies-1/>
(<https://t3n.de/news/top-20-tech-companies-1/>)
 - (5) [https://www.zdf.de/nachrichten/heute/scheinbar-saubere-
elektromobilitaet-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/heute/scheinbar-saubere-
elektromobilitaet-100.html)
([https://www.zdf.de/nachrichten/heute/scheinbar-saubere-
elektromobilitaet-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/heute/scheinbar-saubere-
elektromobilitaet-100.html))
 - (6) <http://wko.at/statistik/eu/europa-BIPjeEinwohner.pdf>
(<http://wko.at/statistik/eu/europa-BIPjeEinwohner.pdf>)
 - (7) [https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/nullzinspolit-
ik-deutsche-sparer-zahlen-436-milliarden-euro-fuer-lockere-
geldpolitik-der-ezb_id_7160902.html](https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/nullzinspolit-
ik-deutsche-sparer-zahlen-436-milliarden-euro-fuer-lockere-
geldpolitik-der-ezb_id_7160902.html)
([https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/nullzinspolit-
ik-deutsche-sparer-zahlen-436-milliarden-euro-fuer-lockere-
geldpolitik-der-ezb_id_7160902.html](https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/nullzinspolit-
ik-deutsche-sparer-zahlen-436-milliarden-euro-fuer-lockere-
geldpolitik-der-ezb_id_7160902.html))
-



Marc Friedrich ist studierter Betriebswirt und erlebte 2001 den Staatsbankrott der argentinischen Regierung und dessen ruinöse Folgen für das Land und seine Bürger aus nächster Nähe mit. Er setzt sich seit Jahren intensiv mit den Themen Edelmetalle, Kryptowährungen und Digitalisierung auseinander. Gemeinsam mit Matthias Weik hält er seit einer Dekade Seminare und Fachvorträge zu den Themen EU, Euro, Industrie 4.0, Digitalisierung, Bitcoin & Kryptowährungen, Blockchain & Dezentralisierung und Sachwertanlagen. Weitere Informationen über den Autor: www.friedrich-weik.de (<http://www.friedrich-weik.de>).



Matthias Weik studierte International Business in Melbourne, Australien. Während seiner Tätigkeit für einen deutschen Konzern erwarb er einen Master of Business Administration (MBA). 2009 gründete er mit Marc Friedrich die Honorarberatung Friedrich & Weik Vermögenssicherung. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren umfassend mit den Themen Immobilien, Digitalisierung und der Problematik des Euros. Matthias Weiks große Leidenschaft ist das Reisen. Er hat rund drei Dutzend Länder besucht. Weitere Informationen über den Autor: www.friedrich-weik.de (<http://www.friedrich-weik.de>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und

vervielfältigen.